



Verein für Gesellschafts- & Wirtschaftswissenschaften

„Jenseits der Vollbeschäftigung - Leben im Patchwork am Beispiel der KünstlerInnen“ & „Arbeitslosigkeit – ein Instrument der neoliberalen Politik“

Vortrag und Diskussion:

Dr. Lisa Fischer: Sozialwissenschaftlerin, Kulturhistorikerin, Journalistin, Erwachsenenbildnerin und Ausstellungskuratorin; am 10. Mai 2004, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Dr. Julian Uher: Geboren 1930, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Assistent am IHS, Berater von SPÖ und Arbeiterkammer, Vorstandsmitglied der Creditanstalt-Bankverein, Aufsichtsrat, Ratgeber von Bruno Kreisky und anderen Regierungsmitgliedern. Er war im Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, in der ERP-Kommission und im Staatsschuldenbeirat bei der PSK viele Jahre vertreten, Autor zahlreicher Veröffentlichungen; am 24. Mai 2004, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Arbeitskreise:

18. Mai 2004 und 1. Juni 2004, jeweils von 18.00 bis 20.00 im Adam's Gasthaus & Café-Restaurant, Florianigasse 2, 1080 Wien. 9. Juni 2004 von 18.00 bis 20.00 im BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Dr. Lisa Fischer:

Normierungen durch die Uhr

Definitionen bestimmen die Wirklichkeit! Wenn die Voraussetzungen über Definitionen und deren Benennungen unbekannt geworden sind, hat sich Herrschaft in die Zonen des Unbewussten zurückgezogen. Die Bestimmung über die Zeit ist ein derartiges Machtinstrument. Die Enteignung der Zeit, oder neutraler formuliert, die strikte Definition von Zeiteinheiten, hängt im europäischen Raum eng mit dem katholischen Glauben zusammen. Die durch die Obrigkeit enteignete Lebenszeit wurde Gott gewidmet und erhielt damit eine feste Sinnordnung. Verstärkt

durch effiziente Arbeitsprozesse waren die Klöster mit ihren geschlossenen Anstalten ein vorindustrielles Experimentierfeld von Hierarchie und Arbeitsteilung. Mit Hilfe von Maschinen, in erster Linie von Mühlen, nahmen sie Prozesse der Industrialisierung vorweg und bedingten sie gleichzeitig durch ihre ökonomisch autarken Strukturen.

In Industriegesellschaften wird die zyklische Zeiterfahrung weiter unterbrochen - vorherrschend ist eine lineare Zeit, die durch Uhren definiert und durch Produktionsprozesse bestimmt wird. In den bürokratischen und industriellen Arbeitszeiten wird den Lohnarbeitenden die Naturzeit weitgehend enteignet, der zuverlässige, pünktliche, disziplinierte Mensch hat das Prinzip der Uhr verinnerlicht. In der Bestimmung einer Sommerzeit schließlich wird das obrigkeitsstaatliche Instrument nochmals zur allgemeingültigen Reglementierung von Körpern.

Aber: Es gibt Gegenwelten. Sie werden erfahrbar beim Träumen, Trauern, in der Lust und im Kontakt mit Kindern.

Normierungen durch die Arbeit

In der Antike war das Ideal der Polis die Muße, die den Bürger dazu befähigte, am gesellschaftlichen Leben, an der Pflege sozialer Beziehungen sowie an Politik und Kunst teilzunehmen. Die disziplinierende Verbindung von Arbeit und Zeit ist ein Erbe der Religion. Im 15. und 16. Jh. entsteht durch die weitere Expansion der Städte - verbunden mit protestantischen und katholischen Reglementierungen - eine obrigkeitsstaatliche Positivnormung, die Arbeit mit Fleiß, Ordnung, Disziplin, Wohlstand und Glück gleichsetzt. Im 18. Jht., dem Jahrhundert der Aufklärung, aber auch des Absolutismus, setzt eine emphatische Aufwertung der

Arbeit als Quelle von Eigentum, Selbstverwirklichung und Reichtum ein.

Gleichzeitig kreierte die Aufklärung den hegemonialen Mann, der für Vernunft, Stärke und Leistung steht. Diese Entwicklung setzt sich im 19. Jht. fort und erreicht gleichzeitig einen Höhepunkt. Die Trennung von Haus- und Berufsarbeit, die funktionale Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen mit der gleichzeitigen Aufwertung ersterer und Abwertung letzterer, markiert die neuen Ordnungen der Industriegesellschaft.

Die Koalition zwischen Zeitdisziplin und Arbeitsethik, verbunden mit sozialstaatlichen Sicherungssystemen, ergibt jene Verbindung, die seit den 60er Jahren ein flächendeckendes Begriffsbild des Normalarbeitsverhältnisses darstellt und in der Vollbeschäftigungsideologie sein Abbild findet. Arbeit ermöglicht Sozialprestige, Identitätsbildung ökonomische Sicherheit und Konsum. Sie macht jedoch auch krank. 10% der Erwerbstätigen leidet an arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen.

Aber: Die Normierung ist nicht die Norm!

Eine leistungs- und arbeitsbezogene Zeitnormierung bestimmt nicht nur ein männlich dominiertes Normalarbeitsverhältnis, sondern stellt auch eine gesamtgesellschaftliche Legitimation von Sein dar. Dennoch existieren Parallelwelten. Diese sind bestimmt durch gemischte Zeit- und Arbeitsstrukturen von BäuerInnen, KünstlerInnen, Teilzeitkräften, Saisonkräften und vor allem den Erfahrungswelten von Frauen. Das Leben von Frauen ist generell in Phasen geteilt, die zwischen Lohnarbeit, Hausarbeit, Kindererziehung und Beruf oszillieren und daher ein spezifisches Patchwork darstellt. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ist zwar eine Realität, wird als solche jedoch nicht in einen gesellschaftspolitischen Diskurs aufgenommen.

Der Metro Mann – die Patchworkfamilie

Wenn sich der Inbegriff der Männlichkeit, der Fußballer David Beckham, parfümiert, epiliiert und damit weibliche Attribute übernimmt, so ist das nur eine Spielart neuer Geschlechtsrollenvielfalt. Hetero- oder homosexuell, androgyn, feminin oder maskulin - all dies zeigt jene Mischungen, die in der sozialwissenschaftlichen Debatte als fragmentierte Subjekte ihre Abbildung finden. Auflösungsprozesse und Neudefinitionen bestimmen nicht nur geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, sondern auch das seit den 60er Jahren hochstilisierte System der Kleinfamilie. Neue

Patchwork-Konstellationen verunsichern nicht nur, sondern eröffnen Experimentierfelder zu einer androgynen Gesellschaft.

Europa und die Kulturwirtschaft

Rasante Transformationen im Beschäftigungsbereich und akute Problematik der hohen europäischen Arbeitslosigkeit ließen neue Beschäftigungsfelder in den Blickwinkel rücken. Kultur begann in diesem Zusammenhang neue Hoffnungen für Arbeit zu setzen. Schlagworte wie Kulturwirtschaft, KulturarbeiterIn, Kulturindustrien und Kulturwissenschaft bevölkern das Feld der Debatten, innerhalb derer sich eine wachsende Zahl kreativer KulturomadInnen bewegt.

Generelles Szenario für die Entwicklungen am Arbeitsmarkt

Sollte das Beschäftigungssystem seine derzeitige Dynamik beibehalten und die Normalarbeitsverhältnisse weiter erodieren, so könnten Strukturmerkmale der Arbeitsmärkte der Creative Industries (CI) und der Kulturwirtschaft teilweise paradigmatisch für die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sein. Das Beschäftigungssystem erfährt dabei eine stärkere Differenzierung, ein Nebeneinander von Normalarbeitsverhältnissen, atypischen Beschäftigungsformen und Übergängen zwischen beiden. Neben den ursprünglichen - männlich dominierten und definierten - Normalarbeitsverhältnissen kommt es zunehmend zu neuen Beschäftigungsformen. Hierbei bestimmen Phasen der Berufstätigkeit vermischt mit jenen der Berufsunterbrechung, Neuorientierungen in der Karriereplanung verbunden mit Umschulungen den gesamten Berufsverlauf.

Trotz des Wachstums des Sektors der CI und der Kulturwirtschaft wird in der EU in diesem Zusammenhang von sehr vielen sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen gesprochen. Sie sind von Flexibilität, Mobilität, Zeitverträgen, ehrenamtlichen Tätigkeiten und unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen geprägt, die ökonomische Risiken und Unsicherheiten mit einschließen. Sie entsprechen daher nicht dem Normalarbeitsverhältnis.

Vorteile der CI

- ▶ **demokratisch:** In ihren Auswirkungen schaffen sie zusätzliche gesellschaftliche Werte, da sie Ausdruck einer Synthese sind und die Dichotomie von Kunst und Wirtschaft zwischen Hoch- und Populärkultur aufheben. Insofern sind sie demokratisch.

- ▶ **Genuss steht vor Gewinn:** Die Motivation der Tätigen ist mehr durch „Sinn und Spaßgehalt“ und durch Aktivitäten im öffentlichen Diskurs gekennzeichnet als durch hohe Gewinnorientierung. Die Motivation ist eine weitgehend intrinsische, die dementsprechend trotz der instabilen Beschäftigungsverhältnisse Sicherheit verleiht. Damit wird ein entfremdeter Arbeitsbegriff zu einem selbstbestimmten.
- ▶ **Teamorientiert- kollektivistisch- kreativ:** Man arbeitet in Netzwerken, team- und projektorientiert, selbstständig mit training on the job und innovativ.
- ▶ **Parallelwelten von Normalarbeitsverhältnis und Patchwork:** Berufslaufbahnen entwickeln sich, entsprechend einer männlich orientierten Karriereleiter, nicht mehr linear, sondern vermischen sich mit dem im weiblichen Patchwork praktizierten Karrierebäumen. Neue Zeit-, Arbeits- und Familienstrukturen bestimmen Parallelwelten zum Normalarbeitsverhältnis, dem kapitalistischen Arbeitsethos und der Kernfamilie, die partnerschaftliche Szenarien und Geschlechterdemokratie ermöglichen könnten.

Schlussfolgerungen:

- Das politische Vollbeschäftigungsziel sollte diesen Entwicklungen Rechnung tragend durch ein diversifiziertes Leitbild abgelöst werden. Vollbeschäftigung ist eine Normierung, die nicht der Norm entspricht, die ein Normalarbeitsverhältnis idealisiert und Arbeitslosigkeit stigmatisiert.
- Die Vollbeschäftigungsdebatte ist ein ideologisches Instrument der politischen Parteien, um Angst zu nähren und WählerInnenstimmen zu sammeln.
- Die derzeitige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation ist jedoch durch eine dynamische Entwicklung geprägt.
- Das männlich definierte Normalarbeitsverhältnis ist in Erosion begriffen. Es steht parallel zu einer Expansion der weiblichen Patchwork-Biografie mit Verbindungen zwischen Phasen der Erwerbsarbeit und Erwerbspausen.
- Negative Szenarien für eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes mit entstandardisierten, flexiblen Arbeitsformen und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen bestimmen die Diskussion.

- Gefragt sind neue sozialstaatliche Institutionen, welche die paradoxe Leistung erbringen, Sicherheit und Erwartbarkeit in den immer chaotischer verlaufenden Erwerbsbiographien einerseits und den zunehmend flexibel gestalteten Produktionsprozessen andererseits zu garantieren. Da durch die Dynamisierung und Veränderung am Arbeitsmarkt auch Ängste entstehen, die in Begleitung von xenophobischen und politisch reaktionären Tendenzen gesehen werden müssen, geht es gesellschaftspolitisch auch um den sozialen Frieden.
- Es bedarf einer genaueren Koordinierung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und einer Reduktion der Arbeitszeit auf 30 Stunden.
- Eine Entkoppelung des Einkommens von der Arbeit - ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen - ist die politische Forderung.

Dr. Julian Uher:

Arbeitslosigkeit ist vom System her zu hinterfragen!

Seit 1943 hat dieses System Sitz und Stimme im „American Enterprise Institute“, das vom Big Business gegründet wurde, um die Fesseln von Roosevelts New Deal abzuwerfen und Amerika mit kräftigen Parteipenden auf den „rechten Pfad des Kapitalismus“ wieder zurückzuführen.

Die USA haben nach dem 2. Weltkrieg den „Ost-West Konflikt“ mit all seinen Stellvertreterkriegen, zumindest ideologisch gesehen, als „Imperium“ ausgetragen.

Mit der Akzeptanz des Neoliberalismus durch die Politik hat sich die Beschäftigungswirkung des industriell - kapitalistischen Wirtschaftssystems empfindlich verringert. Arbeitslosigkeit und Verteilungskämpfe beherrschen seither die Politik!

Der Ost-Westkonflikt der USA wurde allerdings auch auf Ebene der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ausgetragen. Beginnend mit der Verfolgung „unamerikanischer Aktivitäten“ durch den Kongressausschuss des republikanischen Senators Joseph McCarthy, der 1953/54 tausende Akademiker, die als Sympathisanten des Sozialismus galten, ihrer Posten in den USA enthob. Im wissenschaftlich dominanten angelsächsischen Raum, wozu auch Mrs. Thatcher das ihrige beitrug, wurden die Lehrstühle für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bevorzugt nur an

konservative Marktwirtschaftstheoretiker wie z.B. Friedrich v. Hayek, Milton Friedman oder R. Lucas, insbesondere aber an die unternehmerfreundlichen Vertreter der „supply side economics“ wie z.B. Laffer, also an Gegner des Wohlfahrtsstaates, der Planwirtschaft und staatlicher Interventionen, vergeben. Der Höhepunkt kapitalistischer Gehirnwäsche wurde aber mit Gründung der „Heritage Foundation“ erreicht, die heute Fernsehen und Medien in den USA weitgehend beherrscht.

Dem politisch korrupten amerikanischen System schließt sich die Beschreibung des „Euro-Lobbying“ bei der Brüsseler Kommission im Handbuch der europäischen Integration lückenlos an.

Wie sieht es demnach mit der „Unabhängigkeit“ der Beamten aus, wenn jeder Dritte oder Vierte in und um die Kommission in Brüssel zu den Euro-Lobbyisten gezählt werden kann? Gemäß Status der Beamten der Europäischen Gemeinschaft Art. 11 hat sich der Beamte bei der Ausübung seines Amtes und in seinem Verhalten ausschließlich von den Interessen der Gemeinschaft leiten zu lassen, insbesondere darf er von keiner Regierung, Behörde, Organisation oder Person außerhalb seines Organs Weisungen anfordern oder entgegennehmen. Die darin zum Ausdruck gelangte „Unabhängigkeit“ ist offensichtlich „bürokratisch“, jedoch nicht „wirtschaftlich-ideologisch“ angelegt, so dass de facto ein wesentliches System der Wirtschaftsinteressen besteht.

Der Pfad „intensives Wachstum“ enthält unabdingbare politische Komponenten, die weiterführend sind, weil sie unter der Voraussetzung sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs die der Produktionskapazität angemessene Nachfragestabilität sowie die für Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Dynamik notwendige Infrastruktur schaffen.

Maßnahmen für ein „Europa der Innovationen und des Wissens“

(in Form eines New Deal zum Neubeginn des Lissabon-Prozesses!)

- ▶ 10-Jahresplan zur Schaffung einer europäischen Infrastruktur für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes.
- ▶ Finanzierung des 10-Jahresplanes mittels einer „Europa-Anleihe“ mit kollektiver Rückhaftung der Mitgliedsstaaten.

- ▶ Nachfrageorientierte Lohnpolitik im Wege des „Makroökonomischen Dialoges“ der europäischen Sozialpartner.
- ▶ In der Aufbauphase Sicherung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes durch elastische Geld- und Zinspolitik der EZB (Lockerung des Stabilitätspaktes während des 10-Jahresplanes).
- ▶ Grundsicherung der nationalen Wachstumspolitik in Form von „mehrwährigen Investitionsbudgets“ für Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Kunst und Kultur. Teilfinanzierung mittels „Forschungsabgabe“.
- ▶ Reform der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik in Richtung „Mobilitätstraining für eigenverantwortliche Beschäftigungssuche“ und Hilfe durch „Kommunale Beschäftigungsgesellschaften“ und staatliche Grundsicherung für Karenzzeit.
- ▶ Verbesserung des Risikomanagements im Kreditapparat durch gesetzlich vorgeschriebene Rückführung des Allfinanzsystems auf funktionale Aufgabenteilung.
- ▶ Ergänzung des Systems durch öffentliche Risikogarantieinstitute für wachstumspolitische Aufgabenstellungen.
- ▶ Stärkung der Unabhängigkeit der Kontrollinstanzen im Bank- und Börsenwesen durch deren Autonomie bei Bestellung der Prüforgane (statt gegenwärtiger Auftragserteilung seitens der zu kontrollierenden Unternehmen in Eigenkompetenz).
- ▶ Einführung einer „Excess-Profit-Steuer“ zur Bremsung von überzogenen Gewinnvorgaben für das Management.
- ▶ Bindung der Managementgehälter und -prämien an eine Obergrenze in Höhe eines bestimmten Vielfachen der Durchschnittsentlohnung der Belegschaft, z.B. 50mal. (In USA derzeit bis 1.000 mal!)
- ▶ Im Konkurs- bzw. Ausgleichsfall soll Nachrang für die Managementgehälter gelten.
- ▶ Wahrnehmung der Grundsätze für „Nachhaltiges Wirtschaften“ in der Gewerbe-, Konsumentenschutz- und Umweltschutz- (einschließlich Tierschutz-) gesetzgebung.

- ▶ Belastung der Produktivitätskosten mit anteilig angemessenen „Entwicklungskosten für die Substitution von sich erschöpfenden Rohstoffen bzw. nachlassender Regenerationsfähigkeit gegenüber Schadstoffen.“
- ▶ Schaffung eines gewerblichen, steuerrechtlichen und verwaltungstechnischen Freiraumes für alternative Beschäftigungsformen.
- ▶ Schutzzone für Forschungsvorhaben und Unternehmensneugründungen.
- ▶ Statt Wehrpflicht obligatorischer Zivildienst für Schulabgänger zur solidarischen Eingliederung in Beruf und Gesellschaft.

Schwarzliste wirtschaftspolitischer Irrungen und Verwirrungen

1. Unverständener Keynesianismus

Die Anwendung von keynesianischem „deficit spending“ wurde populistisch missbraucht und als budgetpolitischer Selbstbedienungsladen zur Einlösung von Wahlversprechen benützt.

Das Anwachsen der Staatsverschuldung ab Ende der 70er Jahre – „naiven Keynesianismus der Tagespolitik“ – wird deshalb von konservativer Seite teilweise zu Recht als „Politikversagen“ kritisiert.

2. Neoliberale warten auf Godot!

Neoliberale Politiker warten auf den nächsten Konjunkturaufschwung wie die Schauspieler auf „Godot“. Sie übersehen aufgrund ihrer „supply side theory“, dass nicht die Produktion Arbeitsplätze sichert, sondern der Konsum! Kein vernünftiger Unternehmer wird trotz aller Steuergeschenke Arbeitsplätze schaffen, wenn der Absatz für seine Produktion nicht gegeben ist. Statt ein Gleichgewicht der Kräfte, d.h. Interessensausgleich zwischen den Sozialpartnern und damit Nachfragestabilität anzustreben, versagt die neoliberale Ideologie, weil sie machtpolitisch agierend das gesamte Marktrisiko auf die Arbeitnehmerschaft zu überwälzen versucht.

Der Neoliberalismus spaltet die Gesellschaft in „arm“ und „reich“, er führt in Wirtschaftskrisen, und „Godot“ bleibt fern!

3. Das Schulden-Verwirrspiel!

Das Geld- und Kreditwesen unserer Tage beruht auf der Grundlage, dass jedes Geldvermögen Schuldner braucht, um überhaupt entstehen zu können.

Die neoliberale Politik treibt ein listiges „Schulden-Verwirrspiel“ mit dem einfachen Bürger! Während Kreditaufnahmen im Unternehmenssektor, trotz fallweise vorkommenden Pleiten und betrügerischer Krida, positiv beurteilt werden, sehen konservative Regierungen die Staatsverschuldung als ein „Übel an sich“ an. Dahinter steht die feindselige Haltung neoliberaler Ideologen gegen Sozialstaat und öffentliche Wirtschaft. Zur Unterstützung einer solchen Gesinnung wird dem Staat auch noch unterstellt, er sei unfähig, Wirtschaftsbetriebe zu führen, und würde Kredite quasi konsumtiv verwenden, d.h. die Schulden könnten lediglich mittels Steuererhöhung zurückgezahlt werden. Jede Kreditaufnahme des Staates werde deshalb kommende Generationen belasten, wodurch von den neoliberalen Ideologen auch noch bewusst ein Generationenkonflikt heraufbeschworen wird! Wie falsch und intrigant diese Behauptung angelegt ist, geht schon daraus hervor, dass der ganze Wohlstand, d.h. Infrastruktur und Vermögensbestand der Industriestaaten, den Leistungen und der Bereitschaft zur Verschuldung der vorausgegangenen Generationen zu verdanken ist.

Die Wahrheit des Interventionsstaates sieht ganz anders aus: Der Staat ist nämlich ein idealer und zahlungskräftiger Schuldner!

Der Staat ist der größte Arbeitgeber im Gesellschaftssystem. Diese Funktion darf nicht einer neoliberalen Ideologie geopfert werden, weil sie der wichtigste Garant für die Überwindung „systembedingter Arbeitslosigkeit“ darstellt.

Thesen:

Ein zukunftsweisender sozialdemokratischer Arbeitsbegriff muss sich von der Vorstellung einer „Vollzeit–Vollbeschäftigung“ trennen.

- ▶ Das Konzept der Vollbeschäftigung war als politisches Mobilisierungsinstrument der Sozialdemokratie der 70er Jahre konzipiert.
- ▶ Aus dem politischen Konzept wurde ein Mythos, den die Sozialdemokratie auch heute noch nicht einlösen kann.
- ▶ Daher muss Vollbeschäftigung in seiner sozialdemokratischen Interpretation, um wieder

politisch Mobilisieren zu können und zeitgemäß zu sein, neu definiert sein:

- Arbeit wird als freie Erwerbstätigkeit definiert.
- Volle Erwerbstätigkeit wird mit 30 Stunden definiert.
- Erwerbstätigkeit umfasst neben „normaler“ Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer oder Selbstständiger auch Tätigkeiten, die bislang nicht entlohnt wurden:
 - Hausarbeit
 - Arbeit im Non-Profit-Bereich
 - private Alten und Krankenpflege
 - Kindererziehung
 - und vieles mehr

Voraussetzung für eine derartige Neudefinition ist die Einführung eines erwerbsunabhängigen Grundeinkommens.

- ▶ Auf Basis eines *nachhaltigen Wirtschaftswachstums* sind Grundsicherung und Grundeinkommen gleichzusetzen und erwerbsunabhängig. Die Grundsicherung umfasst:

- Daseinsvorsorge
- Wohnen
- Gesundheit
- Mobilität
- Kultur

- ▶ Dieses Grundeinkommen soll in ein progressives Steuersystem implementiert werden, das eine Negativsteuer vorsieht. Basis eines solchen Steuersystems ist die ausschließliche steuerliche Finanzierung von Krankenversicherung, Sozialversicherungen, etc. über eine EU-weite Steuerharmonisierung.

Voraussetzung für eine aufkommensneutrale Finanzierung dieses Steuersystems ist die Streichung sämtlicher Ausnahmeregelungen bei Kapital-, Unternehmens- und Einkommenssteuern. Gleichzeitig erfolgt eine Senkung der Einkommenssteuern, finanziert durch die Umlage der erzielten Mehreinnahmen. Dies bedeutet eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage und führt zu einer sofortigen, nachhaltigen Steigerung der Inlandsnachfrage, was wiederum das

Steueraufkommen erhöht. (Anlehnung an das Kirchhoff'sche Steuersystem)

TeilnehmerInnen:

Dietmar Laszakovits, Michael Neugebauer, Theresia Nichtenberger, Christoph Pollak, Walter Purtauf, Erich Scheffl, Gernot Schwentner, Inge Steibl, Franz Spitaler, Christian Warnung, Florian Weigl und Gertrude Worel.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für Gesellschaft- & Wirtschaftswissenschaften

Landgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Gesamtverantwortlich:

Michael Neugebauer

Florian Weigl

Layout und Gestaltung:

Florian Weigl

Schlussedition:

Franz Spitaler

VGW-Termine

22. Juni 2004, 18.30, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Politiker im Gespräch“

Abg. z. NR Dr. Hannes Jarolim

28. Juni 2004, 18.30, BSA, Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien

„Arbeitsmarkt und Rechtspopulismus“

Univ. Doz. Dr. Jörg Flecker